

- (A) Ich rufe den Tagesordnungspunkt 9 a und b auf:
- a) Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union (21. Ausschuss) (C)
- zu dem Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und der FDP
- Europa 2020 – Die Wachstums- und Beschäftigungsstrategie der Europäischen Union braucht realistische und verbindliche Ziele**
- hier: Stellungnahme des Deutschen Bundestages nach Artikel 23 Absatz 3 des Grundgesetzes i. V. m. § 9 des Gesetzes über die Zusammenarbeit von Bundesregierung und Deutschem Bundestag in Angelegenheiten der Europäischen Union**
- zu dem Antrag der Fraktion der SPD
- Europa 2020 – Strategie für ein nachhaltiges Europa
Gleichklang von sozialer, ökologischer und wirtschaftlicher Entwicklung**
- zu dem Antrag der Abgeordneten Manuel Sarrazin, Fritz Kuhn, Marieluise Beck (Bremen), weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- EU 2020 – Für ein ökologisches und soziales Europa**
- Drucksachen 17/1758, 17/882, 17/898, 17/2015 – (D)
- Berichterstattung:
Abgeordnete Dr. Johann Wadephul
Dr. Eva Högl
Gabriele Molitor
Alexander Ulrich
Manuel Sarrazin
- b) Beratung des Antrags der Abgeordneten Alexander Ulrich, Dr. Diether Dehm, Andrej Konstantin Hunko, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE
- Europa 2020 – Ein nachhaltiges Europa nur mit tiefgreifenden Reformen**
- Drucksache 17/1969 –
- Nach einer interfraktionellen Vereinbarung ist für die Aussprache eine halbe Stunde vorgesehen. Gibt es Widerspruch dagegen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist so beschlossen.
- Ich eröffne die Aussprache und erteile als erster Rednerin das Wort der Kollegin Gabriele Molitor von der FDP-Fraktion.
- (Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)
- Gabriele Molitor (FDP):**
Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das erste Halbjahr 2010 war von tiefen Erschütterungen geprägt. Die Schuldenkrise in Griechenland, die Währungskrise

Gabriele Molitor

- (A) der Europäischen Union und die Auswirkungen der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise haben unser Denken und Handeln in den vergangenen Monaten maßgeblich bestimmt. Die Bürgerinnen und Bürger sind in Sorge. Sie erwarten nicht nur die richtigen Sofortmaßnahmen, sondern auch nachhaltige Langzeitstrategien.

Die neue europäische Wachstums- und Beschäftigungsstrategie „Europa 2020“ verfolgt genau diesen Ansatz. Die Europäische Union zeigt anhand des Kerngedankens eines intelligenten, integrativen und nachhaltigen Wachstums auf, wie sich Europa in der Welt aufstellen soll. Die geforderten Anstrengungen im Bereich der Wirtschafts-, Forschungs-, Bildungs- und Klimapolitik sind notwendig und richtig.

Vor allem aber muss diese Strategie – das ist mir ganz besonders wichtig – Rahmenbedingungen für die Schaffung von Arbeitsplätzen setzen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Arbeiten zu können, sichert Existenzen und ist der beste Schutz gegen Armut. Ein Arbeitsplatz finanziert direkt und indirekt unsere Sozialsysteme. Vor diesem Hintergrund ist es richtig, anhand des von der Bundesregierung mitverhandelten Armutsindikators den Anteil der Personen zu reduzieren, die in Erwerbslosenhaushalten leben. Dieses Ziel wird von uns unterstützt. Vorrangig muss es uns und unseren Partnern darum gehen, Arbeitslose wieder in Lohn und Brot zu bringen.

- (B) (Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Das gelingt nur über die Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze. Dabei muss klar sein, dass ein Sozialstaat, der Armut bekämpfen will, auch das Prinzip des Forderns und Förderns berücksichtigen muss.

Umso erschreckender sind die an den Realitäten vorbezielenden und rückwärtsgewandten Forderungen der Opposition. Entgegen der Notwendigkeit, die in Europa ansässigen kleinen und mittleren Unternehmen zu stärken – sie sind ja das Rückgrat unserer Wirtschaft; denn sie erwirtschaften unseren Wohlstand und sichern unsere Zukunft –, werden hier Vorschläge aufgetischt, die jede Hoffnung auf eine Steigerung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit zunichtemachen. Mindestlöhne, europäische Betriebsräte,

(Manuel Sarrazin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Europäische Betriebsräte gibt es ja noch nicht!)

überbordende Regularien in Klimafragen schwächen die Konkurrenzfähigkeit der europäischen Wirtschaft.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP – Alexander Ulrich [DIE LINKE]: Die FDP hat wirklich gar nichts gelernt!)

Dabei können eine Arbeitsplatzverlagerung und eine Abwanderung von Unternehmen ins Ausland infolge drangsalierender Regelungen nicht in ihrem Interesse

- liegen. Vielmehr muss es darum gehen, unsere Position in der Welt zu stärken. (C)

An dieser Stelle ist auch zu sagen: Die Versuche der Opposition, die richtigen Reformen des deutschen Sozialstaates über Europa wieder auszuhebeln und damit die Zeit zurückzudrehen, sind enttäuschend. Die Versprechungen von sozialen Wohltaten und Forderungen nach einer sozialen Fortschrittsklausel schmälern die Zukunftschancen unserer Wirtschaft und der gesamten Europäischen Union.

(Alexander Ulrich [DIE LINKE]: Sie lernen gar nichts dazu!)

Gleichzeitig wird deutlich, dass die Überfrachtung einer Strategie dazu führt – bei der Lissabon-Strategie ist dies ja passiert –, dass Ziele nicht erreicht werden, weil Prioritäten falsch gesetzt wurden.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Die christlich-liberale Koalition hingegen hat sich in ihrem Antrag klar auf die richtigen Prioritäten geeinigt. Die Stärkung des Wachstums durch Investitionen in Forschung, Bildung und Innovation sowie der Ausbau des Beschäftigungsniveaus durch die Verbesserung der Arbeitsmobilität und die stärkere Einbindung bislang unterrepräsentierter Gesellschaftsgruppen sind der Schlüssel für ein starkes Europa.

- Uns sind die Konsequenzen einer falschen Politik für die europäischen Produktions- und Dienstleistungsstandorte bewusst. Wir wissen, dass nur wettbewerbsfähige Unternehmen das Niveau unserer sozialen Modelle aufrechterhalten können. Die richtigen Mittel, um dieses Ziel zu erreichen, sind ein weiterer Abbau von Handelshemmnissen und Zollschränken sowie die stärkere Vernetzung des europäischen Binnenmarktes. (D)

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Für meine Fraktion möchte ich klipp und klar herausstellen: Wir sehen, dass es auch bei uns Armut gibt,

(Zuruf von der SPD: Ansonsten müsste man auch blind sein! – Weitere Zurufe von der LINKEN)

und wir setzen alles daran, sie zu beseitigen. Aber wir gehen einen anderen Weg als die Opposition.

Nach einem aktuellen Bericht von Staatssekretär Hintze hat die EU-Kommission bereits eine Übersicht notwendiger Verbesserungen für Deutschland erstellt, damit wir die Ziele von Europa 2020 erreichen und die entsprechenden Initiativen auf den Weg bringen können.

(Beifall bei der FDP)

Überraschenderweise finden sich hier weder Empfehlungen für die Einführung von Mindestlöhnen noch der Ruf nach einem Tunnelblick auf grüne Technologien und Unternehmen. Im Gegenteil, der bisherige Kurs der Bundesregierung wird bestätigt. Gefordert werden ein starker Fokus auf die Konsolidierung der öffentlichen Haus-

Gabriele Molitor

- (A) halte, die Stärkung des Bildungswesens, die verbesserte Nutzung von Beschäftigungspotenzialen und die Anregung der Binnenwirtschaft.

Die Entscheidungen der Bundesregierung waren also nicht nur richtig für das unmittelbare Überstehen der Finanz- und Wirtschaftskrise, sondern damit wurden auch noch nachhaltig die Weichen für eine erfolgreiche Zukunft richtig gestellt. Die Vorschläge für ein milliardenschweres Sparpaket, die Erhöhung der Ausgaben für Bildung und Forschung um 12 Milliarden Euro bis 2013 sowie die Stärkung des deutschen Binnenmarktes und der Binnennachfrage durch die Nichterhöhung verschiedener Steuersätze sind die richtigen Mittel, um die Zukunft erfolgreich zu gestalten.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Deutschland ist recht gut aufgestellt. Ich bin mir sicher, dass auch der nationale Aktionsplan Deutschlands die richtigen Prioritäten und Vorschläge beinhaltet wird. An dieser Stelle bin ich sehr zuversichtlich, dass wir mit der neuen Strategie in die richtige Richtung gehen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat die Kollegin Dr. Eva Högl von der SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

- (B) **Dr. Eva Högl (SPD):**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin alles andere als zuversichtlich, dass die Europäische Union mit dieser Strategie weiterkommt. Ich will auch gleich dazusagen, dass wir mit diesen alten Ideologien, mit diesem überkommenen Klein-Klein Europas Zukunft nicht werden gestalten werden können.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bei der Strategie „Europa 2020“ geht es nämlich nicht um eine Petitesse des europäischen Tagesgeschäfts, sondern es geht um nicht mehr und nicht weniger als um Europas Zukunft. Es geht vor allen Dingen darum, die Akzeptanz Europas bei den Bürgerinnen und Bürgern zu stärken. Europa ist in einer Krise, und das kann man auch nicht beschönigen. Deswegen ist die Strategie „Europa 2020“ für unsere Demokratie insgesamt und für die Akzeptanz Europas von großer Wichtigkeit.

Ich will hier eines ganz deutlich sagen: Unerträglich in der Debatte über die Finanzkrise und die Unterstützung Griechenlands war die schlimme Hetze gegen die Griechinnen und Griechen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Das war aus meiner Sicht ein Tiefpunkt der europapolitischen Debatte. Ich möchte so etwas nie wieder erleben.

- (C) Ich hatte gehofft, dass so etwas im 21. Jahrhundert in Europa nicht mehr möglich ist.

Warum sage ich das im Zusammenhang mit der Debatte um Europa 2020, meine Damen und Herren? Weil es bei Europa 2020 – ich habe es gesagt – um die Zukunft Europas geht. Es geht um Solidarität. Es geht um eine gemeinsame Zukunft. Wenn wir hier nicht aufpassen, nicht vorsichtig sind, nicht die richtigen Akzente setzen, sondern uns hinter Klein-Klein und hinter alten Ideologien verschanzen, verabschieden sich die Menschen von Europa, von entsprechenden Debatten und damit letztlich von unserer Demokratie. Wir können in den Niederlanden, wo gestern gewählt wurde, aber auch in anderen Mitgliedstaaten beobachten, dass die Menschen zunehmend rechte Populisten wählen – das ist kein schönes Ergebnis –, die Hassparolen verbreiten und gegen bestimmte Bevölkerungsgruppen hetzen. Das macht Europa kaputt.

Deswegen ist es wichtig, dass wir uns bei der Strategie „Europa 2020“ darauf konzentrieren, bei dieser Tendenz gegenzusteuern. Wir müssen mit Europa 2020 Antworten auf die Fragen geben, die die Menschen in unserem Land haben. Hinter dem Anspruch bleibt das, was auf dem Tisch liegt, deutlich zurück.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

- (D) Diese Strategie – das erschreckt mich und macht mich besorgt – gibt keine Antwort auf die Finanzkrise. Diese Strategie gibt keine Antwort darauf, wie wir die Finanzmärkte regeln und wie wir künftig Krisen vermeiden. Vor allem gibt sie keine Antwort auf die drängende Frage, wer die jetzige Krise bezahlt. Was auf dem Tisch liegt, gibt keine Antwort darauf, wie wir den Klimawandel gestalten, stärker in Bildung und Forschung investieren, besser Beschäftigung schaffen und sichern sowie Armut bekämpfen können.

Das Schlimmste ist, meine Damen und Herren: Es ist nicht nur so, dass die vorliegende Strategie, die der Europäische Rat beschließen wird, dem Anspruch nicht genügt. Was wir zu kritisieren haben, ist – das sage ich sehr deutlich –: Die Bundesregierung sagt zu allen Ansätzen Nein und versucht, auch noch ein Minimum an Fortschritt und Zukunftsfähigkeit in Europa zu verhindern. Dafür trägt die Bundesregierung Verantwortung. Das kritisiere ich hier sehr deutlich.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deutschland ist in Europa nicht irgendein Akteur. Es wird sehr genau darauf geschaut, wie Deutschland agiert. Von uns in Deutschland wird erwartet, dass wir handeln, dass wir Ideen für Europa formulieren und dass wir voranschreiten. Daran hat sich die deutsche Europapolitik in den letzten Jahrzehnten auch immer orientiert. Seit Übernahme der Regierungsverantwortung durch Schwarz-Gelb stellen wir jedoch fest, dass Deutschland in Europa isoliert ist, dass die Bundesregierung handlungsunfähig und – vor allen Dingen das ist erschreckend – ideenlos ist.

Dr. Eva Högl

- (A) Die Bundeskanzlerin ist in Europa zur neuen Madame No geworden und hat die unsägliche Rolle von Maggie Thatcher übernommen. Das ist etwas, worüber wir uns im Deutschen Bundestag nicht freuen können, denn es gibt enorme Herausforderungen in Europa, die wir angehen müssen. 23 Millionen Menschen in Europa sind arbeitslos. 80 Millionen Menschen sind von Armut und 120 Millionen Menschen von sozialer Ausgrenzung bedroht. Viele Menschen können von ihrer Arbeit nicht leben, ihre Familien nicht ernähren. Und es gibt immer noch einen Lohnunterschied von 25 Prozent zwischen Männern und Frauen. Diese Aufgaben bewältigen wir nicht national, sondern nur europäisch.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen ist es ein Armutszeugnis, wenn die Bundesregierung nach wie vor dagegen kämpft, Armutsbekämpfung als gemeinsames Ziel zu verankern. Ich bin sehr froh, dass die Bundesregierung auf dem Europäischen Rat eine grandiose Niederlage einfahren wird; denn der Europäische Rat wird nächste Woche Armutsbekämpfung als Ziel festlegen. Er wird beschließen, dass die Zahl der von Armut betroffenen Menschen um 20 Millionen gesenkt werden soll. Das ist eine Niederlage der Bundesregierung. Die Bundesregierung hat sich auf diesem Gebiet ein unwürdiges Zahlenspiel mit Indikatoren geleistet. Ich werde es begrüßen, wenn der Europäische Rat mit Unterstützung der anderen Mitgliedstaaten ein klares Bekenntnis zur Bekämpfung der Armut in Europa beschließt.

- (B) (Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Ich wünsche mir – die SPD hat das in ihrem Antrag deutlich gemacht – mehr und nicht weniger Vorgaben aus Europa, denn wir brauchen in diesem Bereich klare Vorgaben, damit wir in Europa gemeinsam vorwärts kommen. Wir brauchen einen sozialen Stabilitätspakt. Das bedeutet nicht eine Aufweichung unseres Stabilitäts- und Wachstumspaktes, sondern das ist ein klares Signal an die Menschen, dass Sparen und Konsolidierung der Haushalte, so richtig und notwendig das ist, sozial ausgewogen erfolgen werden. Das wäre ein wichtiges Signal auf der europäischen Ebene.

Wie man es nicht macht, sehen wir gerade am Beispiel des Sparpakets der Bundesregierung, die eine sozial völlig unausgewogene Politik verfolgt, indem sie nur bei Armen und Schwachen sparen will. Ich wünsche mir, dass Europa solchen Sparpaketen ein Stoppschild vorsetzt. Deswegen wünsche ich mir hier nicht weniger, sondern mehr Europa.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN – Zuruf der Abg. Gabriele
Molitor [FDP])

Frau Molitor, mit alten Ideologien kommen wir nicht weiter. Sie haben gesagt, dass die europäischen Betriebsräte völlig unnötig seien. Dazu stelle ich fest: Die europäischen Betriebsräte haben dafür gesorgt, dass Massenentlassungen und Streiks verhindert wurden. In den Unternehmen, in denen es sie gibt, sorgen sie geradezu

für Wettbewerbsfähigkeit. Weiter sorgen sie für soziale Stabilität und sind eine Errungenschaft des sozialen Europas. (C)

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN – Zurufe von der CDU/CSU)

Wir wollen diesen Weg weitergehen und wünschen uns, dass auch bei der Strategie „Europa 2020“ mehr über die Qualität der Arbeit diskutiert wird. Wir wollen faire Löhne; zwar keinen einheitlichen Mindestlohn für ganz Europa, aber Löhne, von denen die Menschen sich und ihre Familien ernähren können. Wir wollen eine soziale Abfederung der Finanzkrise und mehr Gleichstellung von Männern und Frauen.

(Zurufe von der CDU/CSU)

– Sie brauchen sich gar nicht so aufzuregen. Das wird nicht nur bei der SPD so formuliert, sondern der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss, in dem auch die Wirtschaftsverbände und Arbeitgebervertreter sitzen, hat genau dies als Kritik an der Lissabon-Strategie geäußert und im Hinblick auf die neue Strategie gefordert, diese Punkte zu berücksichtigen. Ich denke, da sind wir in guter Gesellschaft. Wir haben das in unseren Antrag aufgenommen, und wir haben etwas Gutes vorgelegt.

Aus den Fehlern der Lissabon-Strategie wollen wir lernen und nicht wieder eine bürokratische Strategie haben, die keiner versteht. Wir wollen die Parlamente einbeziehen. All diese Forderungen haben wir als SPD formuliert. Es ist mehr als bedauerlich, dass die Bundesregierung sich nicht getraut hat, auf der europäischen Ebene klare Akzente zu setzen und gute Vorschläge für eine neue Strategie zu machen. Wir sollten nicht so weitermachen, wie wir es bisher getan haben. Wir brauchen neue Akzente und Antworten für die Bürgerinnen und Bürger. Es wäre gut gewesen, sich zu trauen, sich mutiger an Europa zu orientieren. Europa hat eine bessere Politik verdient. Die Menschen in Europa haben eine bessere Politik verdient. Dazu ist die Bundesregierung nicht in der Lage. Deswegen ist das, was jetzt als Strategie „Europa 2020“ vorliegt, keine angemessene Antwort auf die Herausforderungen unserer Zeit. Das ist sehr bedauerlich. (D)

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der
LINKEN)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms

(A)

(C)

Als nächster Redner hat jetzt das Wort der Kollege Dr. Johann Wadephul von der CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Dr. Johann Wadephul (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Von Frau Högl haben wir eine der üblichen Reden gehört: Das Wort Europa kam vor, viel Kritik an der Bundesregierung auch. Allerdings haben Sie, Frau Högl, zum Thema bedauerlich wenig gesagt. Das müssen jetzt die nachfolgenden Redner nachholen. Ich hoffe, das wird uns noch gelingen.

(B) Wenn Sie sagen, dass es Unerträgliches an Kritik gegenüber Griechenland gegeben hat, dann mag das der Fall gewesen sein.

(Dr. Eva Högl [SPD]: „Dann mag das der Fall gewesen sein“? – Dr. Angelica Schwall-Düren [SPD]: Es ist unglaublich, dass Sie sich nicht distanzieren!)

– Einerseits ist – auch in Deutschland – das eine oder andere geäußert worden, was nicht in Ordnung war; andererseits gab es ebenso in Griechenland selber die eine oder andere Äußerung, die auch nicht gerade europaverträglich war. Aber wie können Sie, Frau Högl, sich eigentlich hier hinstellen und die große europäische Idee beschreiben,

(Oliver Luksic [FDP]: Genau!)

wenn Sie in der entscheidenden Stunde, als Europa geholfen werden musste, nicht zur Stelle waren und die SPD nicht zugestimmt hat,

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

weder, als es darum ging, Griechenland zu helfen, noch beim Euro-Rettungspaket? Meines Erachtens haben die Sozialdemokraten in Fragen der Europapolitik jetzt zunächst einmal die Berechtigung verloren, sich hier als der große Richter oder die Richterin aufzuführen.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Herr Kollege Wadephul, darf ich Sie kurz unterbrechen?

Jr. Johann Wadephul (CDU/CSU):

Ja.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Der Kollege Sarrazin von den Grünen würde gern eine Zwischenfrage stellen. Erlauben Sie das?

Dr. Johann Wadephul (CDU/CSU):

Ja.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Bitte schön, Herr Sarrazin.

Manuel Sarrazin (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

(D)

Herr Kollege, vielen Dank. – Sie haben hier gerade dargestellt, dass einiges in Bezug auf den Umgang mit dem Land Griechenland nicht in Ordnung gewesen sein mag. Das gilt auch für Kollegen der FDP aus dem Finanzausschuss und den Vorsitzenden der CDU-Mittelstandsvereinigung, Herrn Schlarman.

Ich frage Sie das Folgende als patriotischen Schleswig-Holsteiner. Wenn Ihnen jemand gesagt hätte, um das Defizit der Großen Koalition bzw. der jetzt existenten Regierung in Schleswig-Holstein aufzulösen, möge Schleswig-Holstein endlich seine Inseln verkaufen, hätten Sie das als vielleicht nicht in Ordnung empfunden oder doch so, dass es gar nicht geht?

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Dr. Johann Wadephul (CDU/CSU):

Herr Sarrazin, Schleswig-Holstein hat mit der Insel Helgoland schon einmal ein schlechtes Geschäft gemacht. Deswegen lasse ich mich auf solche Diskussionen gar nicht ein.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP – Zurufe von der SPD: Oh!)

Ich will versuchen, zum Thema ein wenig zu sagen.

(Axel Schäfer [Bochum] [SPD]: Sansibar!)

Dr. Johann Wadephul

- (A) – In der Tat. Ich begrüße, Herr Schäfer, dass Sie in schleswig-holsteinischer Geschichte so bewandert sind.

(Axel Schäfer [Bochum] [SPD]: Das ist ein bisschen mehr als schleswig-holsteinische Geschichte!)

– Ja, das stimmt.

Noch einmal zurück zu dem Wortbeitrag der Kollegin Högl: Die hier angewandte Akrobatik, diese Strategie, die zehn Jahre gelten soll und die mit den anderen Mitgliedstaaten vereinbart werden muss, in einen Zusammenhang mit dem Sparpaket zu stellen, halte ich für bewundernswert. Daran wird auch deutlich, dass Ihr Gedankengebilde letzten Endes in sich zusammengefallen ist.

Wir müssen an uns den Anspruch stellen, dass wir, wenn wir hier europäische Verträge oder Strategien bewerten, sie nicht immer nur an unseren nationalen Debatten – dazu, ob wir sie für gut halten oder nicht, haben Opposition und Regierung eine gewisse Rolle einzunehmen; das ist ganz klar –, nicht an aktueller Tagespolitik hier in der Bundesrepublik Deutschland messen sollten.

Wenn Sie sagen, auf europäischer Ebene gebe es Klein-Klein, dann kann ich Sie nur auffordern, die Vereinbarung einer solchen Strategie auf europäischer Ebene, die mehrere Monate in Anspruch genommen hat und wobei sich viele Mitgliedstaaten eingebracht haben, bitte nicht an aktueller Tagespolitik in Deutschland, die Sie in anderen Debatten zu Recht kritisieren mögen, zu messen, sondern daran, was gemeinsam erreicht worden ist. Wir sollten in dieser Phase, in der Europa Unterstützung braucht, nicht den Fehler machen, das, was man gemeinsam erreicht hat und was durchaus gut ist, hier zu zerreden. Deswegen kann ich Sie nur auffordern, an einem konstruktiven Diskussionsprozess mitzuwirken, liebe Kolleginnen und Kollegen der Sozialdemokratischen Partei.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP – Dr. Eva Högl [SPD]: Sie haben doch zu allem Nein gesagt! – Dr. Angelica Schwall-Düren [SPD]: Ich sage nur Armutsbekämpfung!)

Meines Erachtens ist hiermit in der Tat ein ganz bemerkenswerter Wurf gelungen, weil man tatsächlich – Sie haben das ja auch angemahnt – einige Lehren aus der Lissabon-Strategie gezogen hat: Wir konzentrieren uns auf wenige erreichbare Ziele und kontrollieren dies auch hinterher miteinander. Wir müssen unter dem Eindruck der Rettungspakete, die in der letzten Zeit geschnürt wurden, eine Diskussion über folgende Fragen führen: In welchem Umfang sind wir bereit, eine entsprechende Kompetenz auf europäischer Ebene – wo auch immer und wie auch immer sie angesiedelt wird – zuzulassen? Ob das nach dem jetzigen Vertragsrecht möglich ist oder ob wir eine Erweiterung brauchen, darüber muss diskutiert werden. Lassen wir zu, dass es eine Kontrolle der Stabilität und auch eine Kontrolle der Haushalte gibt, und auf welche Art und Weise? Lassen wir auch eine Kontrolle zu, in deren Rahmen überprüft wird, ob das, was vor dem Hintergrund der Wachstums-

strategie zu machen ist, auch umgesetzt wird, ob eine Beschäftigungspolitik umgesetzt wird, die die 20- bis 64-Jährigen nachhaltiger in Beschäftigung bringt, die zu einer Steigerung der Bildungs- und Forschungsausgaben führt, was die Kanzlerin in Deutschland dankenswerterweise angeregt hat und was letzten Endes der erfolgversprechende Weg ist? Wir brauchen in diesem Sinne ein stärkeres Europa. Ich möchte für meine Fraktion ausdrücklich sagen: In diese Diskussion wollen wir einsteigen. Wir wollen Europa mehr Möglichkeiten als in der Vergangenheit geben.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

An dieser Stelle eine Bemerkung zur Armutsbekämpfung. Wir alle sind uns einig, dass Armutsbekämpfung notwendig ist und jeder diese Verpflichtung hat. Diese kann man geistesgeschichtlich unterschiedlich herleiten. Für uns ist es eine christliche Verpflichtung der Nächstenliebe,

(Dr. Angelica Schwall-Düren [SPD]: Ach, was ist dann mit dem Sparpaket?)

dass man sich um Arme kümmert und ihnen hilft. Die tiefere Begründung für unsere Sozialpolitik ergibt sich aus der Christlichen Soziallehre.

Nur, die Frage, die wir uns gestellt haben, ist doch: Welches sind die richtigen Indikatoren? Wie messen wir Armut? Wenn es hier Niederlagen gibt, dann in der Kommission. Sie wird in der nächsten Woche eine Niederlage einfahren, da sie mit ihrem Ziel, die Armutsrisikoquote als alleinigen Indikator heranzuziehen, scheitern wird. Wir wollen keine Niederlage der Kommission; das ist nicht unser Ziel. Wir wollen sie stärken. Nur, die Kommission muss sich auch intelligent verhalten. An dieser Stelle hat die Kommission hinzuzulernen. Es ist gut und richtig, dass andere Indikatoren hinzugezogen werden können. Die Langzeitarbeitslosigkeit als Kriterium hat – das ist schon in der Ausschusssitzung gesagt worden – bereits Rot-Grün 2000 im Rahmen der Lissabon-Strategie für richtig gehalten. Das greifen wir auf; Kollege Stübgen hat schon in der Ausschusssitzung darauf hingewiesen. Was damals richtig war, ist heute nicht falsch.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Letzten Endes muss die Kompetenzordnung gewahrt werden. Ich glaube, dass wir bei der Umsetzung einer Wachstums- und Beschäftigungsstrategie intelligente Lösungen in allen Mitgliedstaaten brauchen, die dort mit den jeweils akzeptablen nationalen Lösungen umzusetzen sind.

Deswegen möchte ich abschließend sagen: Der Subsidiaritäts- und der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz müssen gewahrt werden. Wir können aber guter Dinge sein, dass die Bundeskanzlerin in der nächsten Woche eine gute Strategie verabreden wird. Wir alle sind aufgefordert, dafür zu sorgen, dass sie umgesetzt wird und das erreicht, was sie in ihrer Überschrift aussagt: mehr Wachstum, mehr Beschäftigung in Europa.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Dr. Johann Wadephul

- (A) (Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat der Kollege Alexander Ulrich von der Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Alexander Ulrich (DIE LINKE):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Strategie „Europa 2020“ ist die Fortsetzung der gescheiterten Lissabon-Strategie. Die Beratungen in den letzten Wochen und Monaten haben gezeigt: Die Bundesregierung und die sie tragenden Fraktionen sind nicht in der Lage und nicht gewillt, einen Erkenntnisgewinn aus dem Scheitern der Lissabon-Strategie zu ziehen. Denn was war die Lissabon-Strategie? Das war die Flexibilisierung der Arbeitsmärkte, mehr prekäre Beschäftigung, Privatisierung und Deregulierung. Das, was wir zurzeit auf den Finanzmärkten sehen, war schon Inhalt der Lissabon-Strategie. Jetzt will man diese gescheiterte Politik fortsetzen. Es ist deshalb klar, dass die Ziele, die schon mit der Lissabon-Strategie nicht erreicht worden sind, auch mit der Strategie „Europa 2020“ nicht erreicht werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Schon anlässlich der letzten Beratung habe ich gesagt, dass diese Debatte an den Menschen vorbeigeht. Während Europa in der tiefsten Krise steckt, das europäische Haus lichterloh brennt und man nicht weiß, wann das nächste Rettungspaket durch den Bundestag gepeitscht werden muss, wird eine Strategie für die nächsten zehn Jahre dargelegt. Dabei weiß noch nicht einmal die Bundeskanzlerin, ob Europa in dieser Art und Weise noch ein Jahr besteht. Wenn die Bundesregierung so weitermacht, zeigt sie, dass sie zutiefst antieuropäisch handelt.

- (B)

(Gabriele Molitor [FDP]: Was sind denn Ihre Vorschläge?)

Das schreiben mittlerweile schon Medien, die nicht unbedingt zu uns gehören.

(Beifall bei der LINKEN – Gabriele Molitor [FDP]: Immer nur destruktiv!)

Unsere Fraktion hat gesagt, wir müssen jetzt Krisenbewältigung betreiben. Das heißt, wir brauchen endlich eine Regulierung der Finanzmärkte. Wenn uns das nicht gelingt, sind alle anderen Ziele nicht erreichbar. Deshalb haben wir gesagt, wir setzen diese Strategiedebatte aus,

(Gabriele Molitor [FDP]: Vogel-Strauß-Mentalität!)

um erst einmal das zu diskutieren, was notwendig ist. Man sieht ja, dass die Bundesregierung auch nach zwei Jahren Finanzkrise nicht bereit ist, zu europäischen Lösungen zu kommen. Wir müssen uns dann Gedanken machen, wie Europa in kleineren Schritten, im Prinzip über einen Zeitraum von drei, vier Jahren, gestaltet werden kann. Wir sagen es noch einmal: Europa kann nur sozial gestaltet werden, sonst wird Europa nicht gelingen.

Sie von der FDP stellen sich hierhin – deshalb ist auch jede Debatte sinnvoll und notwendig – und sagen, europäische Betriebsräte würden sozusagen das Wirtschaftswachstum gefährden. Hätten wir keine Betriebsräte, hätten wir keine starken Gewerkschaften, hätten wir Hunderttausende, wahrscheinlich sogar Millionen mehr Arbeitslose. Das ist nicht nur ein deutsches Phänomen – das müssen Sie auch einmal anerkennen –, sondern ein europäisches Phänomen. (C)

(Gabriele Molitor [FDP]: Wer schafft denn die Arbeitsplätze! – Harald Leibrecht [FDP]: Seit wann schaffen Gewerkschaften Arbeitsplätze? Nur für sich selber!)

Deshalb müssen wir gerade die Betriebsräte und die Gewerkschaften stärken, möglicherweise auch durch eine Strategiedebatte.

(Beifall bei der LINKEN)

Dass die FDP, die sich hier hingestellt und vorgeschlagen hat, wir sollten Griechenland nicht helfen, die sollten erst einmal ihre Inseln verkaufen, ihre antieuropäische Politik fortsetzt, zeigte sich gestern auch bei Opel.

(Widerspruch bei der FDP)

Europäische Länder wollen Opel helfen, aber die deutsche Bundesregierung stellt sich hin und sagt: Wir machen gar nichts.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN – Zuruf von der FDP: Quatsch!)

Diese Bundesregierung will maroden Banken und der Finanzwelt helfen, aber dort, wo europäische Solidarität gefragt wäre, macht sie nichts. Die anderen Länder mit GM-Standorten haben ihre Unterstützung zugesagt. Aber FDP und CDU haben Nein gesagt. (D)

(Harald Leibrecht [FDP]: Weil wir auch an den Steuerzahler denken, was Sie nicht tun und nie getan haben!)

Sie sind mal wieder auf einem antieuropäischen Weg.

(Beifall bei der LINKEN – Gabriele Molitor [FDP]: Der hat nichts verstanden!)

Mein Vorredner von der CDU hat gesagt, wir würden uns hier im Klein-Klein verlieren. Es war Franz Müntefering – ich erwähne es noch einmal –, der die Agenda 2010 und Hartz IV zu Maßnahmen im Rahmen der nationalen Umsetzung der Lissabon-Strategie erklärt hat. Ich bin mir relativ sicher, dass diese Bundesregierung das Sparpaket aus dieser Woche auch wieder zu einer Maßnahme im Rahmen der nationalen Umsetzung der Europa-2020-Strategie erklären will. Deshalb ist es auch nicht zufällig, dass man sich nicht auf Ziele bei der Armutsbekämpfung einlässt. Denn wer eine Strategie fährt, wo den Ärmsten der Armen noch einmal etwas gekürzt wird, kann sich auf europäischer Ebene natürlich nicht hinstellen und sagen, wir wollen Armut bekämpfen. Das, was diese Woche von der Bundesregierung beschlossen worden ist, wird auch in Deutschland zu mehr Armut führen.

(Beifall bei der LINKEN)

Alexander Ulrich

- (A) Damit komme ich zum Schluss. Wir brauchen mehr Regulierung; wir brauchen mehr Beteiligung in der Finanzwelt; wir brauchen europäische Mindestlöhne; wir brauchen europäische Betriebsräte; wir brauchen stärkere Gewerkschaften, und wir brauchen – auch wenn die Beträge verändert werden – endlich eine soziale Fortschrittsklausel. Denn Europa kann nur sozial gelingen, oder Sie fahren es an die Wand – wenn es nicht schon so weit ist.

Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat jetzt der Kollege Manuel Sarrazin vom Bündnis 90/Die Grünen.

Manuel Sarrazin (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte auch noch etwas zu zwei Streitthemen hier sagen.

Das Erste betrifft die Betriebsräte. Ich glaube, dass eine Stärkung der europäischen Betriebsräte sehr im Interesse der Politik ist. Wir merken an vielen Stellen, dass in europäischen und internationalen Zusammenhängen die Politik als natürlicher Gegenspieler zu wirtschaftlich international agierenden Konzernen gesehen wird. Oftmals werden dort von uns auch Sachen erwartet, die wir nicht leisten können. Ich denke, an dieser Stelle die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu stärken, sie dabei zu unterstützen, international zusammenarbeiten zu können, und ihnen mehr Rechte zu geben, liegt auch im Interesse von uns selbst.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der
LINKEN)

Das Zweite ist die Frage, inwieweit Ihr Sparpaket dazu fähig wäre, Teil der Umsetzung der EU-2020-Strategie zu sein. Dazu muss ich Ihnen leider sagen: Solche Luftnummern ziehen nicht, zumindest nicht, wenn Sie wirklich die Surveillance, die Überwachung der Kommission verstärken wollen. Sie trauen sich nicht wirklich, zu agieren, Sie trauen sich nicht an die Strukturen ran. Wer so tut, als hätte die Brennelementesteuer, die nämlich die Verlängerung der Atomlaufzeiten beinhalten soll, etwas mit Green Growth zu tun, der hat gar nichts verstanden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
sowie bei Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, wenn Sie sich wirklich von der aktiven Arbeitsmarktpolitik verabschieden wollen, dann verabschieden Sie sich von dem German miracle, auf das Sie in Ihren Reden immer so stolz sind. Deshalb: Tun Sie nicht so, als hätte das irgendetwas mit der Europa-2020-Strategie zu tun. Die Strategie ist nicht so ambitioniert, wie sie sein sollte, aber Ihnen ist sie immer noch um Längen voraus.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich finde, Sie sollten endlich einmal Butter bei die Fische tun. Machen Sie endlich etwas, damit wir aus dieser Krise herauskommen. Dafür erwarte ich von Ihnen, dass Sie beispielsweise den Punkt „Abbau von Ungleichgewichten“, der in der Strategie sehr betont wird, ernst nehmen und uns hier vorstellen, wie Sie dazu beitragen wollen, dass die Ungleichgewichte zwischen den nationalen Wirtschaftsräumen innerhalb des europäischen Binnenmarktes tatsächlich abgebaut werden können.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich erwarte von Ihnen, dass Sie zu den Themen der wirtschaftlichen Koordinierung und der Governance-Strukturen endlich proaktive Vorschläge machen, dass Sie zeigen, wie man mit einem Green New Deal tatsächlich für nachhaltiges Wachstum, für einen sparsamen Umgang mit Ressourcen und für Innovationen sorgen kann. Nur mit solch einer Innovationsstrategie werden wir etwas schaffen.

Dass Sie sich noch immer weigern, das Ziel der Senkung der CO₂-Emissionen um 30 Prozent in die EU-2020-Strategie aufzunehmen, zeigt, dass Sie nicht verstanden haben, wo die Zukunft der Europäischen Union tatsächlich liegen muss. Da muss ich sagen: Rechnen Sie einfach einmal die Folgekosten ein! Dann könnte man auch als Süddeutscher mit einem guten Taschenrechner berechnen, dass sich das spätestens 2020 für alle Menschen lohnen würde.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/
DIE GRÜNEN)

Frau Högl hat ausgeführt, dass Sie beim Ziel der Armutsreduzierung eine Niederlage einstecken mussten. Wir freuen uns, dass Sie diese Niederlage hinnehmen mussten. Auch beim Bildungsziel mussten Sie zum Teil einknicken. Wir erwarten, dass hier tatsächlich Maßnahmen ergriffen werden, um den europäischen Ansprüchen Genüge zu tun.

Ich möchte in die Metaphase einsteigen. Eines ist wichtig: Ihre Interessenpolitik in der Europäischen Union ist nicht zielgenau genug, um die deutschen Interessen tatsächlich gut einzubringen. Auch ich halte es für notwendig, an bestimmten Stellen darüber zu diskutieren, wie man beispielsweise den Stabilitätspakt ergänzen kann, Stichwort: Leistungsbilanzdefizite als Kriterium. Ich weiß aber auch, dass ich zunächst einmal sagen muss, welche Änderungen ich vornehmen möchte, die konkret möglich sind. Da muss ich der Bundesregierung vorhalten: Es ist nicht so, dass sie nicht wüsste, was zum Teil konkret verändert werden könnte, aber sie betreibt immer noch nationale Nabelschau, indem sie sich in der Öffentlichkeit nur auf Vertragsänderungen fokussiert. So funktioniert das nicht.

Früher hieß es: Deutschland ist in Europa der Motor. Früher waren wir das Schmiermittel der europäischen Integration und haben mit Frankreich ein Tandem gebildet. Schwarz-Gelb ist im Jahr 2010 bei der Strategie „Europa 2020“ nicht einmal ein Schlafwagen nach Brüssel. Sie sind im Moment höchstens eine Handdräisine auf dem Abstellgleis.

Vielen Dank.

Manuel Sarrazin

(A) (Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Als letzter Redner zu diesem Tagesordnungspunkt hat nun das Wort der Kollege Thomas Silberhorn von der CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Thomas Silberhorn (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich darf uns das Thema unserer heutigen Debatte in Erinnerung rufen. Wir reden über eine Strategie für Wachstum und Beschäftigung in Europa. Wir reden nicht über eine Strategie zur Regulierung, Bevormundung oder Planwirtschaft.

Wenn wir uns die wirtschaftliche Entwicklung der letzten Jahre vor Augen führen, dann müssen wir festhalten, dass wir gerade in Deutschland eine ausgesprochen stabile Volkswirtschaft haben. Wir hatten im Frühjahr 2006 nach wenigen Monaten Großer Koalition – ich kann mich sehr gut erinnern – über 5 Millionen Arbeitslose in Deutschland. Wir haben jetzt – nach den letzten Zahlen – gerade einmal 3,25 Millionen Arbeitslose in Deutschland. Dazwischen liegt die größte Wirtschafts- und Finanzkrise, die nicht nur Deutschland, sondern die ganze Welt seit 1929 gesehen hat. Wir haben im letzten Jahr einen Rückgang der wirtschaftlichen Entwicklung um 5 Prozent verkraften müssen. Trotzdem stehen wir ausgesprochen stabil da. Insofern sind wir Schrittmacher in der Europäischen Union und ein Motor für diese Strategie für Wachstum und Beschäftigung.

(B) (Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Der letzte Europäische Rat hat die Ausgestaltung von zwei Kernzielen dieser Strategie EU 2020 bewusst offengelassen: Armutsbekämpfung und Bildung. Hier geht es um zentrale Anliegen sowohl des Deutschen Bundestages als auch des Bundesrates. Die Bundesregierung hat diese Anliegen dankenswerterweise in den Verhandlungen aufgegriffen. Es ist notwendig, dass sich die Europäische Union mit ihren Strategien im Rahmen der geltenden Kompetenzordnung bewegt. Ich freue mich, dass der derzeitige Verhandlungsstand Anlass zu der Hoffnung gibt, dass es zu einer Einigung kommt, die diesen Anforderungen genügt.

Wir haben zum Ziel der Armutsbekämpfung immer gesagt, dass wir es politisch unterstützen. Aber es gibt nun einmal keinen wirklich geeigneten und vor allem verlässlichen Indikator, um Armut zu messen. Wenn man gleichwohl das Ziel der Armutsbekämpfung in solch eine Strategie aufnimmt, muss deutlich festgehalten werden: Erwerbsarbeit ist immer noch die beste Versicherung gegen Armut.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP – Dr. Angelica Schwall-Düren [SPD]: Wir brauchen aber einen Mindestlohn!)

Deshalb ist es richtig und wichtig, dass das Hauptaugenmerk im Rahmen der Strategie EU 2020 auf wirtschaftli-

ches Wachstum und auf Arbeitsplätze gelegt wird. Das ist der Weg, auf dem das Armutsniveau sinkt. (C)

Der ursprüngliche Vorschlag der Kommission fand bei den Mitgliedstaaten zu Recht keine Mehrheit. Der Beschäftigungsrat hat diese Woche den Indikatorenkatalog vorgeschlagen und sich darauf verständigt, als Oberziel bis zum Jahr 2020 mindestens 20 Millionen Menschen aus Armut und sozialer Ausgrenzung herauszuführen. Ich unterstütze diese Zielsetzung durchaus. Wenn allerdings gleichzeitig die Zahl der Menschen, die man als potenziell armutsgefährdet bezeichnet, von 80 auf 120 Millionen erhöht wird, dann rate ich zur Zurückhaltung.

Wir sind gerne bereit, großzügig zu sein, wenn das zur Gesichtswahrung der Kommission beiträgt. Wenn man aber mehr als 20 Prozent der gesamten Bevölkerung in der Europäischen Union als potenziell armutsgefährdet bezeichnet, dann mag das zwar helfen, die gesetzten Ziele im Rahmen der Armutsbekämpfung leichter zu erreichen; es bleibt aber wenig überzeugend. Wir sollten diese Strategie daher nicht zu hoch halten und die Bürger nicht für blöd.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Die vorgesehene Halbzeitüberprüfung 2015 wird man sicher dazu nutzen können, notwendige Anpassungen der Indikatoren und in der Umsetzung vorzunehmen.

In Bezug auf Bildung sind wir uns sicher einig: Sie ist eine Schlüsselqualifikation und eine Voraussetzung für Wettbewerbsfähigkeit. Wenn man das so betrachtet, dann muss Wettbewerb auch im Bildungswesen selbst möglich sein. In Deutschland ermöglichen wir das dadurch, dass die Länder für die Bildungspolitik zuständig sind. Der Föderalismus sichert den Wettbewerb unterschiedlicher bildungspolitischer Vorstellungen. Deswegen ist es wichtig, dass es auf europäischer Ebene nicht zu einer verbindlichen Überwachung von bildungspolitischen Zielen durch die Europäische Union kommt. (D)

Es freut mich, dass dieses Anliegen im Bildungsrat auf breite Zustimmung gestoßen ist. Die Minister haben sich dafür ausgesprochen, dass die Kompetenz der Mitgliedstaaten bezüglich der Setzung und der Umsetzung von quantitativen nationalen Zielen in vollem Umfang erhalten bleibt. Auch der Vertreter der Bundesregierung hat im Rat nochmals erklärt, dass Empfehlungen des Rates und Verwarnungen der Kommission an die Mitgliedstaaten keine Anwendung auf Bildungsziele finden sollen. Diese Klarstellung trägt unserer innerstaatlichen Kompetenzverteilung in Deutschland Rechnung. Ich begrüße es, dass die Bundesregierung dieses Anliegen noch vor dem 17. Juni auch beim neuen Präsidenten des Europäischen Rates zur Sprache bringen will.

Die Umsetzung der Strategie EU 2020 wird erfordern, dass nicht nur die Mitgliedstaaten, sondern auch die Bundesländer und die Kommunen mit einbezogen werden. Denn für die Umsetzung von Politik sind nicht nur in Deutschland vor allem die Regionen zuständig. Zwei Drittel aller Rechtsakte der Europäischen Union werden federführend von regionalen oder lokalen Gebietskörperschaften umgesetzt. Sie sind auch der Garant für bür-

Thomas Silberhorn

- (A) gernes Handeln. Deshalb muss uns klar sein, dass die Regionen und Kommunen eng in die Strategie EU 2020 einbezogen werden müssen, wenn ihre Umsetzung erfolgreich sein soll.

Ich freue mich, dass dies in unserem eigenen Antrag der Koalitionsfraktionen auch zum Ausdruck gekommen ist. Der Ausschuss der Regionen hat noch einmal darauf hingewiesen und selbst die Kommission hat ausgeführt, dass die Strategie EU 2020 von allen nationalen, regionalen und kommunalen Behörden umgesetzt werden sollte. Es wäre nett gewesen, wenn das auch in den Anträgen der Opposition Ausdruck gefunden hätte.

Eine allerletzte Bemerkung: Die Prioritäten, die wir jetzt in dieser Strategie setzen, müssen sich natürlich auch im Haushalt der Europäischen Union niederschlagen. Dort aber gilt: Wenn wir in allen Mitgliedstaaten konsolidieren, dann muss die Europäische Union das auch tun. Auch an dieser Stelle braucht es Kohärenz. Wir können nicht auf europäischer Ebene Wein trinken und den Mitgliedstaaten Wasser predigen. Wir müssen unsere Haushalte auf allen Ebenen sanieren.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Ich schließe die Aussprache.

- (B) Wir kommen zur Beschlussempfehlung des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union auf Drucksache 17/2015.

Der Ausschuss empfiehlt unter Buchstabe a seiner Beschlussempfehlung die Annahme des Antrags der Fraktionen der CDU/CSU und FDP auf Drucksache 17/1758 mit dem Titel „Europa 2020 – Die Wachstums- und Beschäftigungsstrategie der Europäischen Union braucht realistische und verbindliche Ziele, hier: Stellungnahme des Deutschen Bundestages nach Artikel 23 Absatz 3 des Grundgesetzes i. V. m. § 9 des Gesetzes über die Zusammenarbeit von Bundesregierung und Deutschem Bundestag in Angelegenheiten der Europäischen Union“. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Die Beschlussempfehlung ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen angenommen.

Unter Buchstabe b empfiehlt der Ausschuss die Ablehnung des Antrags der Fraktion der SPD auf Drucksache 17/882 mit dem Titel „Europa 2020 – Strategie für ein nachhaltiges Europa – Gleichklang von sozialer, ökologischer und wirtschaftlicher Entwicklung“. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Die Beschlussempfehlung ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen bei Gegenstimmen der SPD-Fraktion und Enthaltung der Fraktionen Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen angenommen.

Schließlich empfiehlt der Ausschuss unter Buchstabe c seiner Beschlussempfehlung die Ablehnung des Antrags der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Druck-

sache 17/898 mit dem Titel „EU 2020 – Für ein ökologisches und soziales Europa“. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Die Beschlussempfehlung ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen bei Gegenstimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Enthaltung der SPD-Fraktion und der Fraktion Die Linke angenommen. (C)

Tagesordnungspunkt 9 b. Abstimmung über den Antrag der Fraktion Die Linke auf Drucksache 17/1969 mit dem Titel „Europa 2020 – Ein nachhaltiges Europa nur mit tiefgreifenden Reformen“. Wer stimmt für diesen Antrag? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Antrag ist abgelehnt bei Zustimmung der Fraktion Die Linke gegen die Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Enthaltung der SPD-Fraktion. (D)